klar.
Auf den Punkt gebracht

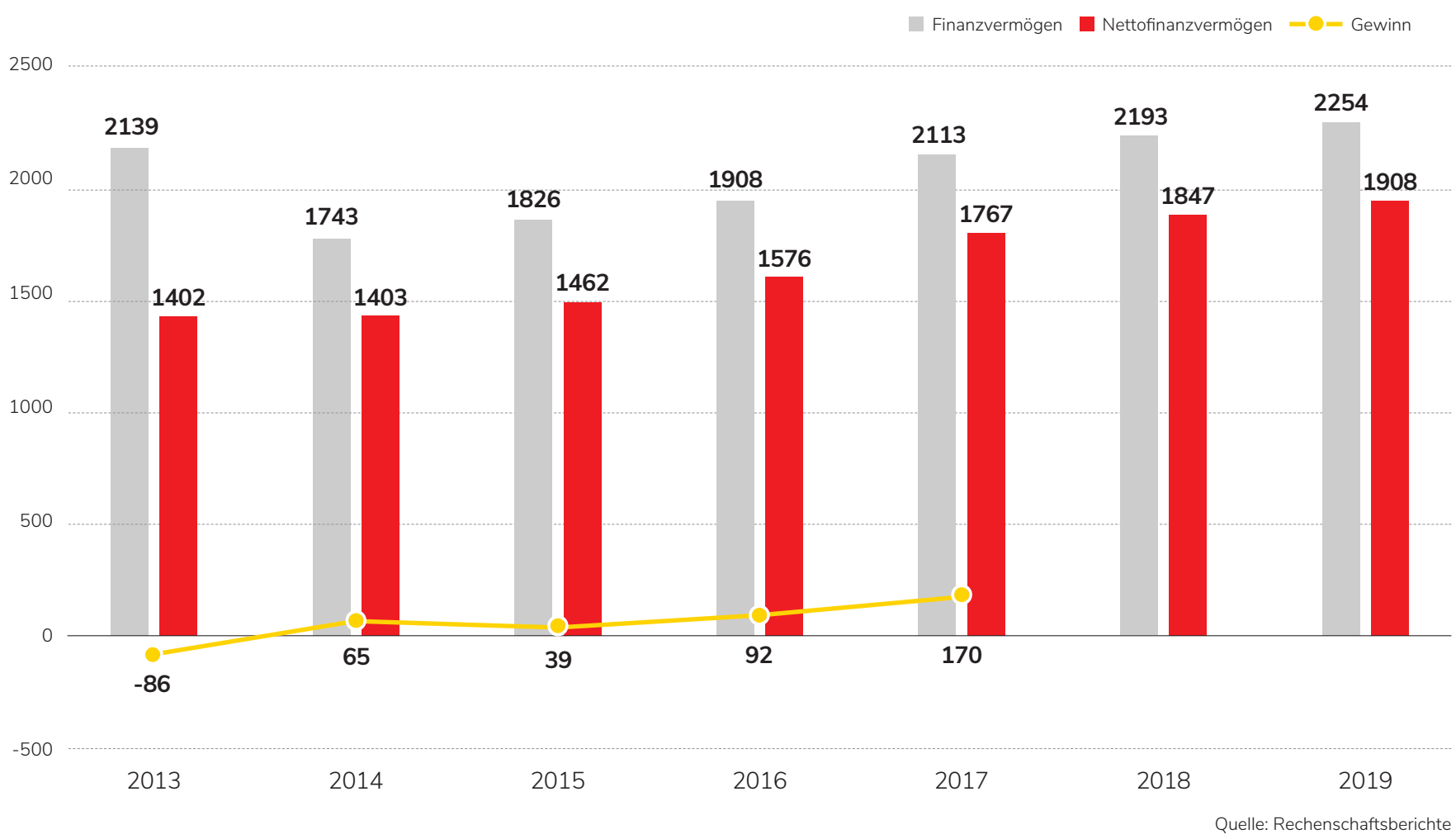
Neue Konzepte für Eschen-Nendeln

VU-Vorsteherkandidat Viktor Meier möchte seine Gemeinde rascher vorwärtsbringen. Vor allem möchte er sich für ein stärkeres Miteinander einsetzen. Seite 3

Ausgabe 4|18
25. Oktober 2018

Gemeinden sollen Zeche zahlen

Geht es nach dem Regierungschef, sollen nun auch die Gemeinden – und dabei vor allem Schaan und Vaduz – helfen, das von ihm geplante, verstärkte Wachstum des Staates mitzufinanzieren.



Quelle: Rechenschaftsberichte

Ist Geiz geil? Obwohl der Staat wieder satte Gewinne einstreicht und ein dickes Polster hat, politisiert der Regierungschef, als ob man dem Ruin nahestünde. Beim Nettofinanzvermögen wird vom Finanzvermögen das Fremdkapital abgezogen. Die Angaben verstehen sich jeweils in Mio. Franken.

Die Staatskasse sanieren – auf Kosten der Gemeinden. Das war der Vorsatz des FBP-Postulats, das der Regierungschef zu Anfang des Monats beantwortete. Bereits bei der VU-Interpellation, von welcher das FBP-Postulat abgekupfert war, bekundete Adrian Hasler keine Lust, hier grosse Handlungen zu setzen. Auch das Ergebnis der Beantwortung ist ernüchternd und denkbar einfach: Vor allem Schaan und Vaduz sollen zur Kasse gebeten werden. Neu soll eine Gemeinde, die mehr einnimmt, als sie braucht, einen gewissen Anteil dieser Mehreinnahmen an das Land abgeben. 30 Prozent schlägt die Regierung vor. Allein im Jahr 2017 wären so fast 20 Millionen Franken in die Staatskasse geflossen – 10,8 aus Vaduz, 8,8 aus Schaan. Einfaches Geld für den Regierungschef und die Staatskasse, die in den letzten Jahren wieder ein sattes Plus auszuweisen hat. Seit 2014 macht man jährlich Gewinne – und die Staatsreserven wachsen kontinuierlich an: Bis 2019 soll der Staat – wenn es nach der aktuellen Finanzplanung geht, netto knapp 2 000 000 000 Franken auf der hohen Kante haben.

Geld zum Wachsen benötigt

Bereits im Zuge der Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts hat der Staat bei den Finanzzuweisungen an die Gemeinden gespart. Dieses Lied wird nun weitergesungen. Und von Aufgabenentflechtungen will der Regierungschef ein weiteres Mal nichts wissen. Bei den Schulen und im Bereich der Sozialen Wohlfahrt dürfen also die Gemeinden kräftig mitbezahlen, mitbestimmen dürfen sie aber kaum bis gar nicht. Das Prinzip «Wer zahlt, befiehlt» wird es also auch weiterhin nicht uneingeschränkt geben. Wohl, damit der Staat in Ruhe weiterwachsen kann und bloss keine Kompetenzen auf Ebenen delegieren muss, auf denen sie womöglich besser aufgehoben wären. So wird die Politik weiter betrieben, welche die eher finanzstarken Gemeinden in ihren Handlungskompetenzen einschränkt, obwohl sie stärker zur Kasse gebeten werden. In Robin-Hood-Manier sollen nun also die Millionen von den reichen Gemeinden an den (vermeintlich) armen Staat umgeleitet werden.

> *Sämtliche Bemühungen der dafür einberufenen Arbeitsgruppe wurden also nicht in die Lösungsfindung miteinbezogen.*

Wenig Reformeifer

Aber wofür? Steht das nicht im krassen Gegensatz dazu, dass beim Land ein gestalterischer Stillstand herrscht? Betrachtet man die jüngsten landesweiten Projekte, welche beerdigt wurden – beispielhaft seien hier die Jubiläumsbrücke und die Kletterhalle genannt –, fragt man sich am Ende wohl, wofür denn der Staat das ganze Geld benötigt. Ausser bei öffentlichen Bauten und dem übermässigen Bedarf an neuem Staatspersonal, das Regierungschef Hasler im Landesvoranschlag fordert, sind nämlich offensichtlich keine Massnahmen für die Menschen vorgesehen. Wäre es da nicht sinnvoll, dass das Gestalten die Gemeinden übernehmen, wenn das auf Landesebene erschwert wird? Wenn man aber im festen Glauben verhaftet ist, dass Gestalten lediglich darin besteht, Stellen auszubauen und neue Gebäude aufzustellen, ist das wohl die konsequente Folge dieses Denkens. Denn auch beim sogenannten Faktor(k) zeichnet sich kaum Bewegung ab: Er wird lediglich ein wenig (0,04) erhöht, um das Finanzausgleichsvolumen zu senken. Probleme der Gemeinden werden damit freilich nicht gelöst. Sämtliche Bemühungen der dafür einberufenen Arbeitsgruppe wurden also nicht in die Lösungsfindung miteinbezogen. Die VU-Interpellation und das FBP-Postulat zum Thema wurden nicht ernst genommen. Eine Chance ist vertan.

Starke Gemeinden sind wichtig

Es ist daher wichtig, dass Gemeinden nicht weiter auf Kosten des mittlerweile träge gewordenen Staates geschwächt werden. Zu diesen funktionierenden Einheiten gilt es deshalb, Sorge zu tragen, solange sie noch funktionieren. Werden hier immer mehr Kompetenzen auf die Seite des Staates verschoben, drohen die Gemeinden nämlich auf lange Sicht nur noch zu Durchwink-Gremien und im schlimmsten Fall zu Bittstellern beim Staat zu werden. Darum brauchen wir auch in den Gemeinden starke Politiker, die ein Interesse daran haben, mit und in ihrer Gemeinde zu gestalten. ■

Michael Winkler

Michael Winkler
Parteisekretär

Editorial

Gemeinden nicht ernst genommen

Die fünf Vorsteher, welche der Arbeitsgruppe zur Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden angehörten, dürften – gelinde gesagt – sehr enttäuscht sein. Drei intensive Sitzungen fanden statt, an denen mit dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen eine Auslegeordnung und Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Es sollten klare Regelungen für Bereiche getroffen werden, in denen sich Kompetenzen der Gemeinden und des Staates überschneiden. Noch unter der Ägide von Otmar Hasler wurden viele Bereiche geregelt. Einiges blieb aber offen. Um die offenen Punkte in Angriff zu nehmen, hatte nicht nur die VU im Jahr 2016 eine Interpellation eingereicht, sogar die FBP-Fraktion hat ihren Regierungschef mit einem Postulat an die Hand genommen, damit er endlich die Finanzzuweisungen und die Aufgabenentflechtung in Angriff nimmt. Die Arbeitsgruppe wurde in der Folge nicht mehr zu Sitzungen eingeladen. In der Postulatsbeantwortung wird die Arbeitsgruppe zwar erwähnt, die Ergebnisse daraus werden aber nicht ersichtlich, weil die Regierung offenbar einseitig ihre Version abbildet.

In diesem Fall kann die Arbeitsgruppe also wenig dafür, dass der Output spärlich ist. Wenn man nämlich einfach eine Arbeitsgruppe als Feigenblatt dafür nimmt, seine eigenen Interessen durchzusetzen – wenn es sein muss auch gegen die Wünsche der Arbeitsgruppe – ist das eine Alibi-Aktion und hat mit Führung nichts zu tun. Das Ergebnis ist das fantasielose Resultat, das wir nun vorliegen haben. Es ist denkbar einfach, einen monetären Schnitt vorzuschlagen, den Reichen das Geld zu nehmen und den Armen zu geben. Das ist dann aber eher die sachfremde Herangehensweise von Raubrittern als eine partnerschaftliche Lösung im Sinne der Beteiligten. Dafür hätte es aber keine Arbeitsgruppe gebraucht, deren Weg nun wohl umsonst war.

Impressum «klar.»
Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler, Günther Fritz
Druck: Somedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82, E-Mail: michael.winkler@vu-online.li, guenther.fritz@vu-online.li
Internet: www.vu-online.li

VU.
Vaterländische Union

Schaan: Gelebtes Gemeinschaftsprojekt

Schaan hat eine bemerkenswerte Entwicklung zurückgelegt: Der florierende Wirtschaftsstandort ist auch zum Leben attraktiv. Vorsteher Daniel Hilti sieht als Schlüssel dazu das gelebte Miteinander – und will in der nächsten Amtszeit weiter optimieren.

Michael Winkler
Parteisekretär

In Schaan geht's voran: Daniel Hilti bei der Eröffnung des Duxspielplatzes. **Foto: Brigitt Risch**

Die Zentrumsplanung von Schaan beschäftigt die Entscheidungsträger schon seit Jahrzehnten. Untrennbar mit der effektiven Gestaltung des Zentrums verbunden ist der Name Daniel Hilti. Die neue Verkehrsführung, der SAL, der Lindaplatz und zahlreiche andere Errungenschaften, die heute das Gemeindebild prägen, gehen auf sein Wirken zurück. Der Vorsteher gestaltet seit 15 Jahren gemeinsam mit dem jeweiligen Gemeinderat. «Ich denke, unser Gemeinderat hat ein gutes Gespür dafür, was unsere Einwohner wollen. Gepaart mit gesundem Menschenverstand und dem aktiven Einbezug der Einwohner führte er uns dorthin, wo wir heute sind», stellt Hilti nicht seine Person, sondern das gemeinsame Wirken ins Zentrum seiner Betrachtungen.

Nie ganz zufrieden

Wenn eine Sache schief läuft, bemüht man oft die Redewendung «Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken.» Umgekehrt liegt es aber auch an umsichtiger Führung, wenn die Dinge gut laufen. Dass in Schaan so viele Projekte erfolgreich sind, liegt auch am politischen Geschick und der Bodenhaftung des Schaaner Vorstehers. Davon sind die Menschen in der Gemeinde – über die Parteigrenzen hinweg – überzeugt. So ist Daniel Hilti nicht selten der ausgleichende und ruhige Pol, der mit Besonnenheit und dem Einbezug aller Beteiligten stets gute Lösungen erfolgreich vorantreibt.

Trotz seines Palmarès – die Gestaltung des Dorfzentrums und die aktuellen Baustellen sind Zeugen seiner Fortschritte – ist Daniel Hilti nicht müde. Wenn man mit ihm spricht, stellt sich keine Zufriedenheit ein und es fallen ihm etliche Dinge ein, die es noch zu verbessern gibt. «Bauen alleine ist noch keine Erfolgsgarantie. Ich will auch, dass das Zentrum dann auch belebt ist», denkt er bereits einige Schritte voraus. Hilti weiss, dass die Faktoren, die zum Erfolg führen, nicht direkt von der Gemeinde steuerbar sind. «Die Privaten, die Geschäftstreibenden, die Vereine und die Einwohner sind es, welche ein Dorf beleben. Wir können als Gemeinde nur die Infrastruktur liefern», meint Hilti, der dankbar dafür ist, dass die Schaaner noch gerne zusammen kommen. Während in anderen Gemeinden nach einem Wirgefühl gesucht wird, findet man das in Schaan bereits. «Wenn man etwas organisiert, kommen die Schaaner. Und dafür können wir dankbar sein.» Warum das so ist, dafür sieht Daniel Hilti keine Zauberformel. Es seien wohl die Schaaner an sich, die gut miteinander funktionieren.

Miteinander gestalten

Dieses Prinzip gilt auch im Gemeinderat: Parteipolitik sieht man hier selten bis gar nie. Es wird angeregt diskutiert und gemeinsam an Lösungen gearbeitet – unabhängig der politischen Couleur. Wenn man die Gemeinderäte nach den Sitzungen im Rössle antrifft, merkt man, dass hier nicht nur Politiker zusammenkommen, sondern eine Gruppe vom Menschen, die das Beste für die Einwohner in der Gemeinde herausholen will.

Nicht zuletzt deshalb möchte Daniel Hilti am 24. März wieder zum Vorsteher gewählt werden. Er ist überzeugt, dass abermals ein tatkräftiger und konstruktiver Gemeinderat zusammenkommt. Und dieser hat dann auch wieder viel Arbeit vor sich. «Die wirtschaftliche, finanzielle und bauliche Entwicklung ist sehr gut! Darüber hinaus dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir dafür anderswo einen Ausgleich brauchen», hebt Daniel Hilti den Fokus auf die Naherholung in Schaan hervor. Auch hier wurden viele Projekte in Angriff genommen. Viele neue Bäume wurden gepflanzt, die Strassenränder werden aktiv begrünt, gepflegt und eine natürliche Buntheit sorgt gerade in den Wohnquartieren für eine erfrischende Stimmung. Gemeinsam mit der Industrie ist man auch vonseiten der Gemeinde dabei, in unmittelbarer Nähe kleine Wohlfühloasen zu schaffen: Für die Arbeitenden unter der Woche aber auch für die Menschen, die am Wochenende durch Schaan spazieren, um sich zu erholen. Damit Schaan – trotz oder gerade wegen des wirtschaftlichen Erfolgs – eine lebenswerte Gemeinde bleibt. ■

Herbstparty der Jugendunion

Am 3. November lädt die Jugendunion zur Herbstparty ins Rössle nach Schaan ein. Musikalisch ist «Des Wahnsinns fette Boite» am Start.

Die Parties der Jugendunion blicken auf eine lange Tradition zurück. Unter der Präsidentin der Jugendunion, Mirianda Frick, wird dieser Ball nun wieder aufgenommen. Mit einer Herbstparty sollen die jungen Menschen im Land zusammenfinden können. Am Samstag, 3. November, also in gut zwei Wochen, ist es soweit: Im Restaurant Rössle in Schaan kann man ab 20 Uhr in ungezwungener Atmosphäre eins trinken und bei guter Stimmung und guter Musik feiern. Die erste Stunde der Party wird zudem als Happy Hour begangen – früh zu kommen lohnt sich also in diesem Fall.

Livemusik von «Des Wahnsinns fette Boite» sorgt für Partystimmung. **Foto: pd**

Top-Band mit neuem Album

Als musikalische Umrahmung konnten die Organisatoren der Jugendunion «Des Wahnsinns fette Boite» verpflichten. Die Band formierte sich 2010 aus vier Musikern, die sich alle bereits von früheren Projekten her kannten. Mic, Martin, Dani und Pascal entwickelten rasch ihren eigenen Stil. Der geradlinige Deutsche Rock aus der Feder von Mic möchte stets eine Botschaft vermitteln. Dabei kommen die Lieder teilweise in einem rauen Gewand daher, lassen aber auch immer wieder sanfte, melodiöse Klänge zu. Im Jahr 2014 erschien ihr Debutalbum «Nicht». Im Februar dieses Jahres konnten die vier Musiker ihr zweites Album «Deine Zeit» aus der Taufe heben. Für guten Sound und gute Stimmung ist also bestens gesorgt. Kommt auch ihr nach Schaan und feiert mit der Jugendunion ein unvergessliches Fest. ■

Nominationstermine der VU-Ortsgruppen

06. November 2018, 19:00 Uhr
Nomination OG Triesenberg
Bärensaal, Triesenberg

11. November 2018, 10:30 Uhr
Nomination OG Schellenberg
Kleiner Gemeindesaal Schellenberg

18. November 2018, 10:30 Uhr
Nomination OG Schaan
SAL, Kleiner Saal, Schaan

18. November 2018, 17:00 Uhr
Nomination OG Gamprin

25. November 2018, 9:30 Uhr
Nomination OG Ruggell
Restaurant Rössli, Ruggell

25. November 2018, 11:00 Uhr
Nomination OG Vaduz
Auditorium im Untergeschoss des Kunstmuseums

28. November 2018, 19:00 Uhr
Nomination OG Triesen

29. November 2018, 19:00 Uhr
Nomination OG Balzers
Gemeindesaal Balzers

14. Januar 2019, 19:00 Uhr
Nomination OG Eschen-Nendeln

15. Januar 2019, 19:00 Uhr
Nomination OG Mauren-Schaanwald
Gemeindesaal Mauren

28. Januar 2019
Nomination OG Planken

Der erste VU-Vorsteherkandidat wurde am 17. Mai 2018 in Balzers nominiert: Vizevorsteher Martin Büchel gratuliert dem Balzner Vorsteherkandidaten Günter Vogt zur Nomination (v. l.). **Foto: Daniel Schwendener**

Gemeindeführung mit neuen Konzepten

Vorsteherkandidat Viktor Meier will bei einer Wahl zum Vorsteher Eschen-Nendeln auf verschiedenen Gebieten rascher vorwärtsbringen und am Image der Gemeinde arbeiten. Dabei setzt er auf eine konstruktive Zusammenarbeit im neuen Gemeinderat.

Günther Fritz
Parteipräsident

VU-Vorsteherkandidat Viktor Meier: «Ich möchte die Gemeinde noch familien- und kinderfreundlicher machen, die Menschen wieder näher zusammenbringen und neue Formen der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in gemischten Projektgruppen einführen.» **Foto: Daniel Ospelt**

Herr Meier, mit welchem politischen Konzept bewerben Sie sich um das Vorsteheramt?
Viktor Meier: Es ist mein erklärtes Ziel, dass sich die Gemeinde positiv entwickelt und das bedeutet natürlich Veränderung. Dabei spielt der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Wir müssen unsere Abläufe beschleunigen und rascher zu Entscheidungen kommen, wenn wir die Gemeinde wirklich vorwärtsbringen wollen. Man muss das Ganze aber sicher etwas differenzierter sehen, weil es auch vieles gibt, das gut läuft.

Was zum Beispiel?
Im Eschner Zentrum, wo zum Haus der Gesundheit nun das Haus Sozialfonds Kreuz und ein toller Kinderspielplatz dazukommen, wo die alte Mühle und die alte Sennerei bzw. neu die Brennerei aktiviert wurden und zusammen mit den Pfrundbauten das kulturelle Leben aufmischen, haben wir vieles erreicht. Wir haben auch einen grossen Festplatz erstellt, welcher sich optimal für Grossanlässe eignet. Diese Beispiele zeigen aber auch, wie lange es teilweise dauern kann, bis etwas verwirklicht wird.

Heisst Veränderung für Sie auch rascheres Wachstum der Bevölkerung und der Anzahl Betriebe in der Gemeinde?
Natürlich braucht eine Gemeinde wie Eschen-Nendeln Wachstum. Aber ich stehe ganz klar für ein qualitatives Wachstum ein, das uns auch einen ideellen oder finanziellen Mehrwert bringt. Von reinen Zahlenspielen, die hohe Zuwachsraten mit hohem Wohlstandsgewinn gleichsetzen, halte ich nichts.

Sie halten also nichts von rein statistischen Vergleichen, welche Gemeinde wieviel Zuwachs erzielt hat, wie diese der FBP-Vorsteherkandidat angestellt hat?
Das sind interessante Vergleiche, welche aber nicht viel über die damit einhergehenden Vorteile für die Wohnbevölkerung und die Gemeinde aussagen. Wenn von ihm gesagt wird, dass andere Gemeinden eine grössere Bevölkerungszunahme verzeichnet haben, kann man dem entgegenhalten, dass Eschen-Nendeln gemäss einer Studie der Stiftung Zukunft.li im untersuchten Zeitraum von 2008-2014 landesweit die zweithöchste Wachstumsrate bei den Steuererträgen aus der Vermögens- und Erwerbssteuer hatte. Deshalb ist für mich auch bezüglich des Bevölkerungswachstums sowie bei der Ansiedlung von Betrieben ein moderates, qualitatives Wachstum sinnvoll und nicht das Anstreben von Rekordzuwächsen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der Gemeindefinanzen und den geplanten Abbau von Reserven, worüber sich Ihr Mitbewerber bereits öffentlich geäussert hat?
Es steht ausser Frage, dass eine Gemeinde über Reserven verfügen muss, um in Jahren mit einem hohen Investitionsbedarf Finanzierungslücken ausgleichen zu können. Eschen-Nendeln ist als Finanzausgleichsgemeinde besonders angehalten, sorgfältig mit den verfügbaren Mitteln umzugehen. Auf der anderen Seite kann es aber nicht das Ziel sein, Reserven nicht für sinnvolle und wichtige Investitionen einzusetzen. Dafür hat man nämlich Reserven aufgebaut – und wird sie auch später wieder aufbauen. Auch das ist eine Verantwortung den Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber. Ich stehe nach wie vor hinter der vom Gemeinderat beschlossenen Finanzplanung, einschliesslich den geplanten Investitionen. Ich stehe auch hinter dem einstimmigen Entscheid des Gemeinderats, den Gemeindesteuerzuschlag auf 180 Prozent zu senken. Beides hat einen Einfluss auf die Gemeinderechnung und auf die Entwicklung der Reserven. Die Gemeindekasse hatte im Vorfeld den Gemeinderat auch detailliert darüber informiert, welche Konsequenzen diese Entscheidungen haben. Es überrascht schon, wenn man sich nun rühmt, den Steuerfuss gesenkt zu haben und gleichzeitig die entsprechende und vorhersehbare Entwicklung der Reserven kritisiert. Wie hat schon Karl Valentin gesagt: «Alle Dinge haben drei Seiten: eine positive, eine negative, aber oft auch eine komische.»

Die VU stellte sich anlässlich des diesjährigen Eschner Jahrmarkts an einem eigenen Stand den Fragen der Bevölkerung: Gemeinderat Jochen Ott, Vorsteher Günther Kranz, Daniela Reich, Gemenderat Mario Hundertpfund und Vorsteherkandidat Viktor Meier (v. l.). **Foto: Rudi Schachenhofer**

Wo möchten Sie mit neuen Konzepten ansetzen, wenn Sie die Führungsaufgabe als Vorsteher von Eschen-Nendeln übertragen erhalten?
Da geht es mir um die Wohn- und Lebensqualität in Eschen und Nendeln ganz allgemein und um den Zusammenhalt: Ich möchte die Gemeinde noch familien- und kinderfreundlicher machen, die Menschen wieder näher zusammenbringen und neue Formen der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in gemischten Projektgruppen einführen. Beim Verkehrsproblem müssen wir unsere Spielräume aktiv nutzen, den Umfahrungsverkehr in den Quartieren unterbinden und uns im gemeindeübergreifenden Zusammenwirken für punktuelle Verbesserungen in den Stauräumen einsetzen. Ganz besonders möchte ich mich aber auf Konzepte konzentrieren, die uns als Standort attraktiv machen. Eschen-Nendeln soll wieder stärker als investitionsfreundliche Gemeinde sowie als herrlicher Wohnort wahrgenommen werden. Damit wird sich unsere Heimatgemeinde in eine positive Richtung entwickeln. Ich freue mich darauf. ■

Zahlenspiele statt Prämienbremse

Die ganzen Rechenspielchen des Gesundheitsministers gehen nicht auf. Obwohl suggeriert wird, dass die Krankenkassenprämien sinken, ist Stagnation wohl das höchste der Gefühle.

«Leicht tiefere Krankenkassenprämien in Liechtenstein», hiess es in den hiesigen Gazetten zu Anfang des Monats. «Nach der neuen Berechnungsmethode werden die Prämien um 0,7 Prozent sinken.» Eine Jubelbotschaft möchte man meinen. Doch bestenfalls wurden die Prämien stabilisiert. Je nach Versicherer zahlt man im kommenden Jahr sogar mehr. «Pech gehabt!», möchte man meinen. Gerade bei «neuen Berechnungsmethoden» sollte man hellhörig werden. Denn man kann die Zahlen, wenn man will, immer so hinbiegen, dass sie – auf wundersame Art – einem gerade in den Kram passen. Dass mit irgendwelchen statistischen Durchschnittswerten versucht wird, in den Medien ein positives Bild zu zeichnen, ist klar. Schliesslich will der Gesundheitsminister gut dastehen mit seiner Politik, in der er die Krankenkassen-Kosten einfach denen auferlegt, welche ärztliche Hilfe benötigen. Im vergangenen Jahr gingen die Kosten zurück und die Prämien stiegen leicht an.

Zur Kasse, bitte!
Das System hätte seine Restglaubwürdigkeit verloren, wären die Prämien wieder gestiegen. Darum muss man die Zahlen möglichst gut aussehen lassen. Leider profitieren nicht alle von der vermeintlichen Prämiensenkung: Swica-Kunden zahlen im kommenden Jahr – glaubt man den Ausführungen – sogar fünf Prozent mehr Prämie. Also nix war's mit den Versprechungen, dass die Prämien stabilisiert werden.

Die Unabhängigen, die Ex-Unabhängigen sowie die FBP sorgten dafür, dass es nun doch keine Prämienbremse gibt: Die VU stellte nämlich im Juni-Landtag bereits einen Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrags, um die Bürger zu entlasten. Dieser Antrag scheiterte mit 12:13 Stimmen. Nun steigen also die Prämien weiter – für die meisten bleiben sie gleich, aber Entlastung sieht nun mal anders aus. Aber Entlastung kommt dem Gesundheitsminister nicht in den Sinn. Stattdessen werden die Bürger weiterhin kräftig zur Kasse gebeten. Vor allem jene, die gesundheitliche Beschwerden haben, dürfen weiterhin mächtig draufzahlen.

Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wird munter vorangetrieben, Prämienzahler und Kranke werden gegeneinander ausgespielt. Auch mit dem Prinzip «ambulant vor stationär», das ab kommendem Jahr eingeführt wird, wird den Menschen nicht geholfen: Denn die stationären Kosten belasteten vor allem die Staatskasse. Die Krankenkassen schlugen bereits Alarm. Wenn man die Politik des Gesundheitsministers kennt, weiss man, dass das kein gutes Zeichen für die Bürger ist. Denn er wird den Teufel tun, um den Staat wieder mehr in die Verantwortung zu nehmen. Zu stark waren nämlich seine Bemühungen im Vorfeld, sich aus selbiger zu stehlen – zum Wohle der Staatskasse versteht sich. ■

Michael Winkler

25. Oktober 2018

Zuoberst steht der politische Wille

Immer wieder ist zu hören, dass es sehr schwierig ist, Frauen zu finden, die sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, um etwas zu verändern. Dieser Thematik muss endlich die notwendige Priorität geschenkt werden.

Christine Schädler
Präsidentin
der Frauenunion

Der Überwachungsausschuss der Frauenrechtskonvention (CEDAW) veröffentlichte im Juli 2018 seine Empfehlungen für Liechtenstein. Diese Empfehlungen basieren auf dem 5. Länderbericht, den die liechtensteinische Regierung am 30. Januar 2018 verabschiedet hat, den Schattenberichten der Zivilgesellschaft sowie der Anhörung von Nichtregierungsorganisationen und den Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Regierung, die zwischen dem 2. und 5. Juli in Genf stattfand.

Die Gleichstellungs- und Gender-Mainstreaming-Strategie gehört in die Agenda des Gesellschaftsministers und muss endlich entsprechende Priorität und Aufmerksamkeit erhalten. Foto: iStock

Rechtlich nicht bindend

Die Empfehlungen des Ausschusses sind rechtlich nicht bindend. Ob die Empfehlungen umgesetzt werden, hängt stark vom politischen Goodwill ab. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich vor allem die Nichtregierungsorganisationen für die Umsetzung der Empfehlungen stark gemacht haben. So wird im Bericht des Ausschusses beispielsweise die Gründung des Vereins für Menschenrechte und die entsprechende gesetzliche Grundlage positiv erwähnt. Vor allem das Frauennetz hat sich diesbezüglich beharrlich eingesetzt und sich sehr aktiv an der Erarbeitung der notwendigen Grundlagen beteiligt.

Die nächste periodische Berichterstattung wird in vier Jahren stattfinden. Bis dahin hat die Regierung Zeit, den Empfehlungen nachzukommen.

Drei dringliche Empfehlungen

Der Ausschuss hat jedoch verlangt, dass die Regierung zu folgenden drei besonders dringlichen Empfehlungen in einem sogenannten «Follow-Up» in zwei Jahren schriftlich Stellung beziehen muss:

1) Gleichstellungs- und Gender-Mainstreaming-Strategie, in der Massnahmen definiert, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt und Evaluationen durchgeführt werden.

2) Verabschiedung eines Gesetzes zur geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen und die rasche Ratifizierung des Istanbul Abkommens.

3) Harmonisierung von Art. 96 – 98a des Strafgesetzbuches in Bezug auf die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches sowohl für die schwangere Frau als auch für die durchführenden Stellen bei Vergewaltigung, Inzest, Bedrohung des Lebens oder der Gesundheit der schwangeren Frau oder bei schwerwiegenden Schädigungen des ungeborenen Kindes. In allen anderen Fällen soll der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert werden.

Für ausgewogene Vertretung

Der Ausschuss sieht in Bezug auf die Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen im politischen und öffentlichen Leben sowie in Bildung und Arbeit Handlungsbedarf. Alle Parteien und Ortsgruppen versuchen seit Monaten, Frauen und Männer für eine Kandidatur für die elf Gemeinderäte zu gewinnen. Immer wieder ist zu hören, dass es sehr schwierig ist, Frauen zu finden, die sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Sich zur Verfügung stellen ist das eine, dann auch gewählt zu werden, das andere.

Für übergeordnete Strategie

Ich bin der Meinung, dass es verschiedene Ansatzpunkte gibt, um diesbezüglich etwas zu verändern und zu verbessern. An oberster Stelle stehen für mich der politische Wille, ein klares Bekenntnis der Regierung und ganz besonders, dass die Thematik auf der Agenda des Gesellschaftsministers ist und dass sie entsprechende Priorität und Aufmerksamkeit erhält.

Ich wünsche mir sehr, dass Regierungsrat Mauro Pedrazzini die erste Empfehlung ernst nimmt und dass die aktuellen Bemühungen in eine übergeordnete Strategie einfliessen. Zudem hoffe ich, dass die Massnahmen evaluiert werden und dass gute Ansätze nicht (wie in der Vergangenheit leider oft geschehen) im Sand verlaufen. ■

VU-Fraktion möchte die Familienarbeit aufwerten

Die Beantwortung des VU-Postulats zur «Alters- und Risikovorsorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile» ist umfassend, aber im Ergebnis ernüchternd: Die Umsetzung dieser Idee ist nach Ansicht der Regierung nicht kompatibel mit der 2. Säule.

Günther Fritz
Parteipräsident

Immer mehr Menschen – vor allem Frauen – kommen im Rentenalter in finanzielle Nöte, da ihnen aufgrund der Kindererziehung Beitragsjahre fehlen. Der Landtag setzte anlässlich seiner Sitzung vom 28. Februar 2018 ein deutliches Zeichen: Einstimmig überwies er das VU-Postulat für eine finanzielle Aufwertung der Familienarbeit an die Regierung.

«Familie als Beruf» anerkennen

Damit erhielt die Regierung den Auftrag zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile in Anlehnung an die betriebliche Personalvorsorge Altersguthaben in der 2. Säule aufzubauen. Finanziert werden könnte eine solche Absicherung gemäss der VU-Fraktion mittels einer Mischfinanzierung durch die Familienausgleichskasse (FAK) und den Staat. «Eine finanziell vertretbare Kostenbeteiligung durch den Staat ist ein Bekenntnis zur Gleichwertigkeit des Modells ‹Familie als Beruf› und eine Anerkennung der unbezahlten Familienarbeit», heisst es in der Begründung der VU-Postulanten. Der Vorstoss, welcher als Auftakt zum VU-Bürgerpaket eingereicht wurde und der Familienarbeit einen ökonomischen Wert geben soll, wurde vom Wirtschaftsministerium beantwortet, welches für die betriebliche Personalvorsorge zuständig ist.

Grundsätzlich ja, aber …

Dabei hält die Regierung fest, dass die vorliegende Idee einer pensionskassenähnlichen Lösung betreffend Alters- und Risikovorsorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile «grundsätzlich durchführbar» wäre. Es wären jedoch grundlegende Ergänzungen am heutigen System in Liechtenstein vorzunehmen, da das Konzept der betrieblichen Personalvorsorge auf dem Vorhandensein eines Arbeitsvertrags beruhe.

Organisatorische Massnahmen im Sinne von Gesetzesanpassungen wären vonnöten. Die Regierung ist der Ansicht, dass hierzu ein neues Gesetz geschaffen sowie die Versicherten an eine bestehende oder eine noch neu zu gründende Vorsorgeeinrichtung angeschlossen werden müssten. Denn nach dem gegenwärtigen Rechtsrahmen sei eine Person nur dann der betrieblichen Personalvorsorge unterstellt, wenn sie einer im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses «bezahlten» Arbeit nachgeht.

Wie kann das traditionelle Modell «Familie als Beruf» nachhaltig unterstützt werden? Diese Frage wird im November-Landtag erneut diskutiert werden.

Foto: Daniel Schwendener

Die Regierung geht davon aus, dass mit der im Sinne des Postulats angestrebten Vorsorgelösung die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen verpflichtet würden, für jede versicherte Person ein Alterskonto zu führen, aus welchem das obligatorische Altersguthaben ersichtlich ist. Aus dieser Schattenrechnung wären in Ergänzung zu den effektiven Leistungen gemäss Reglement einer Vorsorgeeinrichtung die gesetzlichen Mindestleistungen nach dem Gesetz über die Betriebliche Personalvorsorge ersichtlich. «Eine solche Schattenrechnung ist dem gegenwärtigen Rechtsrahmen fremd und wird bis anhin nicht geführt», führt die Regierung aus.

Lösung würde 7 Mio. kosten

Wie die Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung ausführt, würde die Umsetzung des Anliegens der VU-Postulanten geschätzte Kosten in der Höhe von jährlich rund 7 Mio. Franken für Altersgutschriften, Risikoversicherung und Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Sollte eine entsprechende Abkehr der ursprünglichen Leistung der FAK gemäss Idee der Postulanten angedacht werden, so legt die Regierung Wert darauf, die Wirtschaft bzw. die Arbeitgebenden miteinzubeziehen. Das VU-Postulat hält fest, dass allfällige Lösungsvorschläge nicht zu einem «Sozialleistungsexport» führen dürfen. Die vorgesehenen Leistungen müssten Familien in Liechtenstein vorbehalten bleiben. Die Möglichkeit, einen «Sozialleistungsexport» zu verhindern, besteht nach Ansicht der Regierung aktuell jedoch nicht.

Es bleibt ein soziales Anliegen

Dass sich beim Thema der Aufwertung der Familienarbeit die wirtschaftspolitische Sicht von der sozialpolitischen Sicht unterscheidet, dürfte in der Natur der Ministerien liegen. Vor diesem Hintergrund darf man gespannt auf die Reaktionen im November-Landtag sein. Das Anliegen der VU-Postulanten dürfte die Regierung auf jeden Fall über den November-Landtag hinaus beschäftigen. ■